

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abbestellung für den Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 13 333, Emil Schlegel-Str. 17 259 / Dresden-L. / Osterbahnpostf. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanschlag: Arbeiterstimme Dresden / Spredstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3-5 Uhr (außer Sonnabende)

2. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 20. Februar 1926

Nummer 43

## Unerhörter Vorstoß der Reaktion!

### Bürgermeister Genosse Schreiter seines Amtes enthoben!

Die Reaktion ist auf der ganzen Linie dabei, ununterbrochen neue Vorstöße zu organisieren. Vor allen Dingen ist es der Reaktionären darum zu tun, den Verwaltungsapparat in ihren Händen zu behalten. Nachdem erst vor wenigen Tagen in Berlin die Bekämpfung des Gewissensfreies zum Stadtrat abgelehnt wurde, unternehmen jetzt die Reaktionäre in Sachsen einen neuen Vorstoß.

Genosse Friedrich Schreiter, Bürgermeister von Zschopau, erhielt gestern abend von der Amtshauptmannschaft einen Brief durch Elbötzen, in dem ihm mitgeteilt wurde, daß er auf Grund einer gegen ihn eingeleiteten Untersuchung wegen Verbrechen nach § 346 des Reichsstrafgesetzbuches mit sofortiger Wirkung von seinem Amte enthoben werde. Genosse Schreiter wurde aufgefordert, seine Amtsgeschäfte dem sozialdemokratischen Gemeindevorstand zu übergeben.

Gegen den Genossen Schreiter wurde seit einiger Zeit eine Untersuchung geführt, weil er angeblich einen wegen politischen Vergehens Verfolgten angemeldet haben soll. Trotzdem der Genosse Schreiter erklärte, konnte, daß er mit dieser Angelegenheit nichts zu tun habe, trotzdem wurde auf der Polizei als auch in der Vernehmung vor dem Richter nicht die geringste Beteiligung des Genossen Schreiter an einer solchen Maßnahme nachzuweisen war, obwohl keine Suspension durch die Amtshauptmannschaft. Der Amtshauptmann hat es dabei scheinbar sehr wohl dem Verlangen der Reaktionäre nachzukommen und

dem sozialdemokratischen Gemeindevorstand, der bei der Wahl durchgefallen war, den Weg freizumachen, sonst wäre ja die Hebermittlung der Suspensionsbestimmung nicht per Elbötzen notwendig gewesen.

Der wahre Grund zu diesem Vorgehen gegen den Genossen Schreiter liegt aber auf einer anderen Seite. Die Tätigkeit des Genossen Schreiter war den Reaktionären schon lange ein Dorn im Auge. Natürlich waren auch die SPD-Kentze während ihrer Niederlage bei der Wahl.

Worin bestehen nun die „Verbrechen“ des Genossen Schreiter, die wohl den wirklichen Grund zu diesem Vorgehen gegen ihn bilden? Genosse Schreiter gab in Zschopau ein Beispiel dafür, daß man im Regiebau, unter Aufsicht der Unternehmer, Wohnungen billiger erstellen kann, als wenn diese durch Privatunternehmer gebaut werden. Die Gemeinde Zschopau zahlte den mit Bauarbeiten Beschäftigten höhere Löhne, als anderswo gezahlt wurden, und baute trotzdem billiger. Die Unternehmer beschwerten sich bei der Amtshauptmannschaft, Genosse Schreiter wurde zum persönlichen Verhör geladen. Zschopau zahlte zu Weihnachten günstige Sonderbeilagen an die Erwerbslosen und Sozialrentner. Der kommunistische Bürgermeister schätzte die Kinder gegen reaktionäre Lehrer.

Das sind die wirklichen Ursachen des Vorgehens gegen Genossen Schreiter. Die gesamte Arbeiterklasse muß diesen Schlag ablehnen. Auf keinen Fall darf gebuldet werden, daß mit solchen lächerlichen Gräueltaten, wie das hier geschieht, der Reaktion ein weiterer Vormarsch vorderredet wird. — Wir werden auf die Angelegenheit zurückkommen.

### Europa, England und die Sowjetunion

In der Ausgabe der englischen Zeitschrift „Foreign Affairs Review“ ist ein mit „Augur“ gezeichneter Artikel, betitelt „Europa, die Türkei und Moskau“, abgedruckt. „Augur“ ist das Pseudonym einer dem englischen Außenministerium außerordentlich wohlwollenden Persönlichkeit. Wie es heißt, soll sich hinter diesem Pseudonym kein geringerer verborgen als Sir William Tyrrell, der Staatssekretär im englischen Außenministerium, der letzterzeit die Politik der Entzweiung Deutschlands durchgeführt hat. Im Mittelteil seines Artikels steht die „russische Frage“. Die Moskauer „Zemlja“ legt sich in einem längeren Aufsatz mit dem „Augur“-Artikel auseinander. Wir geben hier den wichtigsten Teil aus dem Artikel der „Zemlja“ wieder. Die Redaktion.

Die Lösung der „russischen Frage“ beginnt „Augur“ mit Charakterisierung der Veränderungen, die in der Politik Deutschlands gegenüber der Sowjetunion stattgefunden haben. „Augur“ stellt fest, daß die Rappallopolitik Deutschlands sich sehr radikal geändert hat. „In Locarno“, — erklärte er, — bestand zwischen Deutschland und Sowjetrußland bereits kein Kontakt mehr“. Diese Veränderung in der Politik begann nach Meinung des Verfassers mit dem Ausscheiden des Freiherrn v. Reuter aus dem deutschen auswärtigen Amt und der Ernennung des Staatssekretärs Schubert an seine Stelle, eines Mannes mit anglophilen Auffassungen. Je näher der Augenblick der Verwirklichung des Garantiepaktes heranrückte, um so mehr reifte der Wunsch Berlins, die Formen der Beziehungen zu Moskau zu ändern, um sie mit der neuen Lage vereinbaren zu können.

Die oben zitierten Stellen aus dem „Augur“-Artikel sind sehr bezeichnend. Durch den Mund des Verfassers bekündigt die englische Diplomatie (die die wahre Lage vortrefflich kennt) das, was die deutsche Diplomatie mit einer großen Dosis von Unwissenheit bisher zu leugnen suchte. In dem die Lösung der Veränderungen der deutschen Politik gegenüber der Sowjetunion steht, erklärt der Artikelschreiber, daß gerade „diese veränderte Beziehung Deutschlands zur Sowjetunion es auch gestattet, an die Lösung des russischen Problems heranzugehen“. „Von diesem Augenblicke an, — sagt „Augur“, — ist die Frage der Beziehungen zu Moskau in das Gesichtsfeld der westeuropäischen Politik getreten“. In diesem Teil der Beurteilung der Lage sind wir mit dem Artikelschreiber vollkommen einverstanden. Gerade wir behaupteten die ganze Zeit hindurch, daß die Aufgabe der englischen Politik in Locarno darin bestand, Deutschland in das Fahrwasser ihrer antikomunistischen Pläne hineinzuziehen. „Augur“ hat das Tüpfelchen über das „i“ gesetzt. Mit der Ungezogenheit, die dem Leiter eines Unternehmens eigen ist, läßt er das Geheimnis, das preisgegeben die deutsche Diplomatie, die in diesem Unternehmen bei weitem nicht den Platz des Inhabers einnimmt, sich nicht getraute.

„Augur“ betont, daß die neuen Berliner Stimmungen durch die veränderte Beziehung der Ententemächte gegenüber Deutschland erleichtert wurden. „In Locarno“, — sagt er — ist die deutsche Delegation mit Freunden... Freunden begegnet“. Unter diesen „Freunden“ befand sich bekanntlich auch Mussolini, der in jüngster Zeit bewiesen hat, wie er keine „freundschaftlichen“ Pflichten gegenüber Deutschland aufzählt...

Der letzte Teil des „Augur“-Artikels ist dem Problem der Abrüstungskonferenz gewidmet. Gerade in dieser Frage berührt der Artikelschreiber den Punkt, auf den die englische Diplomatie im gegenwärtigen Augenblick die maximale Energie konzentrieren will, um auf die Sowjetunion einen Druck auszuüben.

„Bevor eine Abrüstung in einem nützlichen Umfang durchgeführt werden kann — schreibt er —, muß erst eine Reihe von Fragen gelöst werden. Unter diesen Fragen ist die wichtigste das Verhältnis zwischen Europa und Sowjetrußland. Ehe die Gefahr von Werten an den östlichen Grenzen nicht beseitigt ist — sei es mit friedlichen Methoden oder durch Gewalt —, kann es eine wirkliche Abrüstung nicht geben. Unter dem Einfluß des Locarnogeistes zieht Europa die Anwendung von nur friedlichen Methoden vor. Im gegenwärtigen Augenblick wird in dieser Richtung das gesamte Gebiet der Beziehungen zu Moskau erforscht.“

Demnach wiederholt die englische Diplomatie vor allem ihre alte Melodie (die von ihr bereits durch die Einladung der Sowjetunion zum Anschluß an den Völkerbund ausgenutzt wurde): Abwälzung der Schuld für die Nichtabrüstung des kapitalistischen Europas auf die Sowjetunion. Andererseits will England die Abrüstungskonferenz benutzen, um der Sowjetunion irgendwelche allgemeinen Forderungen zu stellen. Ob diese Forderungen in irgendeinem speziellen Programm für die Abrüstung der

## Entscheidungsanträge der KPD. abgelehnt

Sozialdemokratische und deutschnationale Änderungsanträge zu dem bürgerlichen Kompromißentwurf.

Der Vorschau des Reichstages nahm am Freitag, den 19. Februar, der Ausschuss der Regierungsparteien und der Sozialdemokraten und links stehenden Deutschnationalen und Sozialdemokraten über den Kompromißentwurf seinen Fortgang.

Der Ausschuss hat der Ausschuss nach dazu herbeigeführt, eine ihm sehr wichtige Arbeit zu verrichten, der er sich nach der parlamentarischen Arbeit nicht entziehen konnte. Es mußte noch über die sozialdemokratischen Änderungsanträge der kommunistischen Partei im parlamentarischen Entzweiung verhandelt und abgestimmt werden. Diese entscheidende Abstimmung hatte nämlich stattgefunden. Die Verhandlungen des „Vorwärts“ und der gesamten sozialdemokratischen Presse in der getriggen Sitzung nach nicht stattgefunden. Es war nur über den sozialdemokratischen Änderungsantrag zu diesem kommunistischen Gesetzentwurf abgelehnt worden. Mit dessen Ablehnung war aber der kommunistische Gesetzentwurf noch keineswegs erledigt. Zur Begründung dieses Antrages erklärte der kommunistische Vertreter, Genosse Kusch, daß dieser Antrag selbstverständlich in diesem Ausschuss keine Aussicht auf Annahme hätte. Die Hauptfrage ist nicht dieser parlamentarische Antrag, sondern vielmehr die große Volksbewegung draußen im Lande für den Volksentwurf.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Entwurf mit 12 gegen 11 Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten abgelehnt.

In der dann folgenden Fortsetzung der Spezialdebatte über den Kompromißentwurf der Regierungsparteien teilten einseitig die Sozialdemokraten, andererseits die Deutschnationalen, die Rechte von Änderungsanträgen. Es war sehr interessant, die Weisheit der sozialdemokratischen Änderungsanträge kennen zu lernen. Um so interessanter, als gestern der sozialdemokratische Redner Rosenfeld erklärte hatte, seine Partei wolle ihre endgültige Stellungnahme zu dem bürgerlichen Kompromißentwurf von dem Schicksal der im Ausschuss gestellten Änderungsanträge abhängig machen.

Die neuen sozialdemokratischen Änderungsanträge verlangen u. a. die Wahl der Richter des zu schaffenden Reichsondergerichtes durch den Reichstag und nicht durch den Reichspräsidenten. Ferner die Wiederherstellung auch der bereits rechtskräftig erlassenen Urteile. Endlich wollen die Sozialdemokraten den Fürsten keine Grundstücke und Kapitalien geben, sondern nur „durch eine Rente abfinden“. Die Rente soll festgelegt werden unter Berücksichtigung verschiedener Umstände, darunter auch des Wertes der bei der Auseinandersetzung auf die Länder übertragenen Vermögensgegenstände.

In längerer Debatte wurden die zahlreichen Änderungsanträge der Parteien zu Paragraph 1 des Kompromißentwurfs abgelehnt und der Paragraph 1 ohne erhebliche

Veränderungen angenommen. Die Kommunisten enthielten sich bei der Abstimmung über sämtliche „Verbesserungsanträge“ der Stimme und gaben dazu durch den Genossen Kusch eine Erklärung ab, daß diese Abstimmung als Ablehnung des gesamten Kompromißentwurfes aufzufassen sei. Sie stimmten denn mit den Sozialdemokraten gegen den Paragraphen 1 des Entwurfes. Dieser stimmten alle bürgerlichen Parteien.

Damit ist ein neuer „Staatsgerichtshof“ zum Schutze der Republik“ grundsätzlich geschaffen. Dieses „Reichsondergericht“ wird, wenn es nicht durch den Volksentscheid hinweggesetzt wird, die republikanischen Interessen und die gesamten Volkswirtschaften ebenso „verteilen“, wie der herkömmliche Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik ein Tribunal gegen die Republik und gegen alle wirklichen Republikaner gewesen ist.

### Eine Erklärung des Genossen Neubauer

In einem Artikel mit der Überschrift „Volksentscheid und Reichstag“ laßt der Sozialdemokrat Landberg sich wegen seiner Anbiederung an die Parteienpartei zu rechtfertigen, indem er eine abfalsch unwahre Darstellung über Ausführungen gibt, die im Reichsausschuß des Reichstages gemacht haben soll. Meines Volens gegen Landberg und seine „Mitarbeit“ an dem Kompromißentwurf war allerdings nicht eine Schimpfkanonade, sondern bestand darin, daß ich sachlich nachgewiesen habe, daß irgendeine Mitarbeit zur Verbesserung des Kompromißentwurfes in keiner Weise möglich ist und sich nicht rechtfertigen läßt, weil dieser Kompromißentwurf sich nicht rechtfertigen läßt, weil derjenige kann alle nur an eine solche Mitarbeit denken, der die Absicht hat, den Volksentscheid zu verraten. Ich wies nach, daß der Kompromißentwurf sich in zwei Punkten von dem ursprünglichen demokratischen Antrag unterscheidet, nämlich hinsichtlich der Einsetzung und Zusammenfassung eines Sondergerichtes und daß damit der ganze Kompromißentwurf nicht und nicht.

Hätten die Regierungsparteien die Absicht gehabt, an diesen beiden wesentlichen Punkten etwas ändern zu lassen, so hätten sie bei dem ursprünglichen demokratischen Antrag bleiben können. Daß sie das nicht getan haben, zeigt, daß alles sozialdemokratische Gerede, den Kompromißentwurf zu verbessern zu wollen, Anfan ist und nur diktiert ist von dem Betrüden, aus der Front für den Volksentscheid herauszukommen.

Ich habe keinerlei Zweifel darüber gefaßt, daß es für die kommunistische Partei irgendeine „Mitarbeit“ oder „Verbesserung“ an dem Kompromißentwurf nicht gibt und daß wir gegen alle Schwankungen auftreten und diese als einen Verpat am Volksentscheid betrachten.

Nach diesen Tatsachen charakterisiert sich die Darstellung Landbergs von selbst.

...Autenzen...  
...Frische...  
...Umg...  
...Bel...  
...immer...  
...Werk- und...  
...bad...  
...Jeden Freitag und Sonntag...  
...Schau...  
...Handlung...  
...Männer, Frauen, waren, Schlapp...  
...A. Postplatz